



Die NATO

im 21. Jahrhundert

Inhaltsverzeichnis



4-5 Die Antwort auf neue
Sicherheits Herausforderungen



6-7 Der Ursprung der Allianz



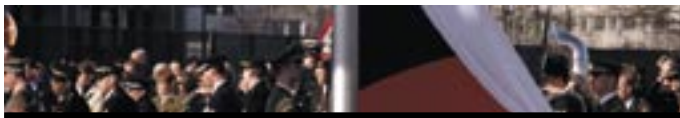
8-9 Das Ende des Kalten Krieges



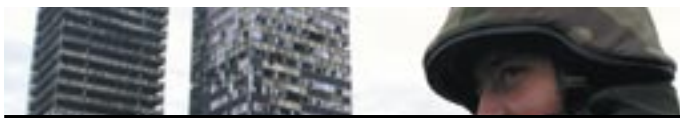
10-11 So arbeitet die NATO



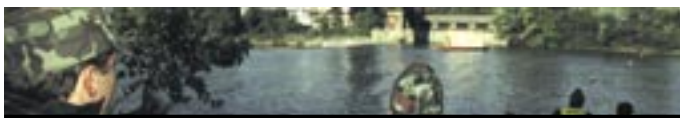
12-13 Sicherheit durch Partnerschaft



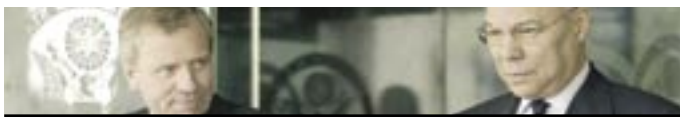
14-15 Die Erweiterung der NATO



16-17 Die NATO auf dem Balkan



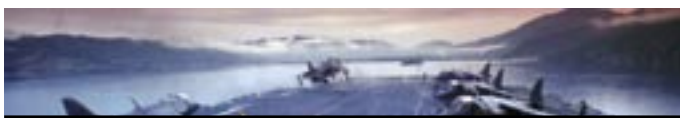
18 Das breite Aufgabenspektrum
der NATO



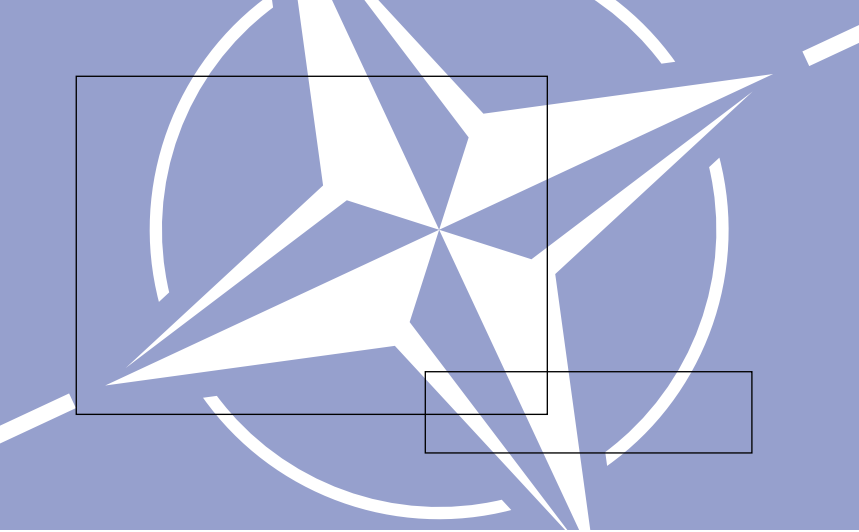
19 Das Transatlantische
Verhältnis



20-21 Die Umgestaltung oder
Transformation der Allianz



22-23 Ausblick



Die *Atlantische* *Allianz*

Die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) verkörpert die transatlantische Bindung, die Europa und Nordamerika zu einem in seiner Art einmaligen Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis vereint. Die auch in Zukunft gültige Hauptaufgabe der NATO gemäß dem Washingtoner Vertrag besteht in der Gewährleistung der Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitgliedsstaaten, und zwar durch politische und militärische Mittel. Seit ihrer Gründung im Jahre 1949 gewährleistet die NATO entsprechend dieser Zielsetzung die kollektive Verteidigung ihrer Mitgliedsstaaten. Sie dient gleichzeitig als wichtiges Forum für Konsultationen über Sicherheitsfragen, die die Interessen ihrer Mitglieder berühren, und ist eine tragende Säule für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.

Mit dem Ende des Kalten Krieges übernahm die NATO weitreichende neue Aufgaben, zu denen auch die Gründung von Sicherheitspartnerschaften mit demokratischen Staaten in ganz Europa, sowie im Kaukasus und Zentralasien gehört. Weitere Aufgaben für das Bündnis kamen durch die Veränderungen im Sicherheitsumfeld hinzu. Diese umfassen zum Beispiel das Engagement der NATO, der durch regionale und ethnische Konflikte in Europa verursachten Instabilität entgegenzuwirken und Bedrohungen abzuwehren, die den euro-atlantischen Raum von außen gefährden.

Heute engagiert sich die Allianz in einem immer breiter werdenden Spektrum von Aktivitäten. Dazu zählt, die Zusammenarbeit mit Rußland, der Ukraine und mit anderen nicht zur NATO gehörenden Staaten zu fördern. Die NATO muß sich auch den neuen Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und zum Beispiel den Gefahren entgegentreten, die vom internationalen Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgehen.

Um Freiheit und Sicherheit in einem von zahlreichen und raschen Veränderungen geprägten Sicherheitsumfeld auch in Zukunft wirksam verteidigen und festigen zu können, befindet sich das Bündnis in einem nachhaltigen Prozess der Umgestaltung oder Transformation, der alle Bereiche der NATO und ihrer Agenda erfaßt – mit neuen Aufgaben, neuen Mitgliedern, neuen Einsatzfähigkeiten, neuen Partnerschaften und neuen Arbeitsweisen.



Die *Antwort* auf neue *Sicherheitsheraus-* *forderungen*

Die terroristischen Angriffe gegen die Vereinigten Staaten am 11. September 2001, bei denen Passagierflugzeuge als Massenvernichtungswaffen benutzt wurden, verdeutlichten unmißverständlich, wie sehr sich das Sicherheitsumfeld seit dem Ende des Kalten Krieges verändert hat und wie verwundbar unsere moderne Gesellschaft angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen geworden ist. Als Reaktion auf diese Angriffe erklärten die Mitgliedsstaaten des Bündnisses zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags - der NATO-Bestimmung für die kollektive Verteidigung - und standen so in einem kritischen Moment den Vereinigten Staaten durch politische und praktische Maßnahmen zur Seite. Seitdem unterstützen sie darüber hinaus die Vereinigten Staaten in ihrer Reaktion auf die Terroranschläge und haben Schritte zur Verbesserung der NATO-Fähigkeiten eingeleitet, um der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu begegnen.

Wenngleich die Ereignisse vom 11. September 2001 ein großer Schock für das Bündnis waren, hatte die NATO doch schon einige Jahre zuvor damit begonnen, ihre Arbeitsweise den sich verändernden Rahmenbedingungen im Sicherheitsumfeld anzupassen. Im Jahre 1999 einigten sich die NATO-Staaten auf ein neues Strategisches Konzept. Dieses Dokument definiert die Sicherheitsbedrohungen, mit denen sich die Allianz konfrontiert sieht und zeigt auf, wie sie diesen Gefahren begegnen will; es beschreibt die Sicherheitsrisiken als „multi-direktional und oft schwer vorhersehbar“; es schenkt der Bedrohung, die von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln ausgeht, besondere Beachtung. Es betont ebenfalls, daß auch andere Risiken der verschiedensten Art die Sicherheitsinteressen der Allianz berühren können, zum Beispiel Terror- und Sabotageakte, das organisierte Verbrechen sowie die Unterbrechung der Versorgungswege für lebenswichtige Ressourcen.

Um sich diesen Bedrohungen stellen zu können, leitete das Bündnis eine Reihe von Initiativen ein, die zum Ziel haben, seine militärischen Fähigkeiten zu verbessern und die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander sowie mit Partnerländern und anderen internationalen Organisationen auszubauen. Hierzu zählten unter anderem eine Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, die 1999 auf den Weg gebracht wurde und als besonders vorrangiges Programm darauf abzielt, die militärischen Fähigkeiten zu modernisieren, um im neuen Sicherheitsumfeld lagegerecht reagieren zu können; hinzu kam im Jahre 2000 ein Zentrum für Massenvernichtungswaffen, das zwischen den Bündnispartnern den Informationsfluß über Massenvernichtungswaffen und die von ihnen ausgehenden Gefahren sicherstellt und durch das sie die jeweils passendste Reaktionsform

◀ **Übung zum Schutz gegen einen Angriff mit chemischen Waffen**



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT



▲ Prager Gipfeltreffen des Nordatlantikrats

miteinander abstimmen können. Schließlich wurde die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz initiiert, um die europäischen NATO-Mitglieder in die Lage zu versetzen, in Fragen der Sicherheit und Verteidigung größere Verantwortung zu übernehmen.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 verliehen diesen Anstrengungen noch größere Dringlichkeit. Nach den Anschlägen nahm die NATO eine umfassende Überprüfung ihrer Aktivitäten und Arbeitsweisen vor. Am Ende dieser Überprüfung wurde von den Staats- und Regierungschefs der Allianz im November 2002 auf dem Prager Gipfel ein Maßnahmen-Paket von Reformen, Initiativen und Programmen verabschiedet. Gleichzeitig verlegten 14 Bündnismitglieder Streitkräfte nach Afghanistan. Sie sollten die von den USA geführte Operation gegen die für die Terroranschläge verantwortliche Terroristengruppe Al Qaida und gegen das Taliban-Regime, das Al Qaida Unterschlupf gewährt hatte, unterstützen und anschließend dazu beitragen, die Friedensmission der Internationalen

Schutztruppe ISAF in Kabul weiter voranzubringen. Auf Bitte einiger Mitgliedsländer, die sich aktiv an dieser Mission beteiligen und um die erforderliche Kontinuität zu gewährleisten, hat die NATO darüber hinaus die Führung über die ISAF-Kräfte übernommen. Auch prüft sie zur Zeit Möglichkeiten, ähnliche Operationen außerhalb des euro-atlantischen Raums durchzuführen.

Wenngleich die Mitglieder der NATO gelegentlich über die geeignetste Antwort auf die neuen Sicherheitsbedrohungen nicht immer einer Meinung waren, so stimmten sie doch alle darin überein, daß solche Bedrohungen ihren Ursprung in Regionen außerhalb des euro-atlantischen Raums haben können und daß sich eine Organisation allein diesen Herausforderungen nicht stellen kann und es auch nicht ausreicht, sich auf Verteidigungsstrukturen zu stützen, die auf konventionelle militärische Konflikte zugeschnitten sind. Neben der Zusammenarbeit mit anderen kompetenten Organisationen mußte sich das Bündnis daher entsprechend anpassen, um neue und völlig anders geartete Herausforderungen meistern zu können. Die NATO hat sich konsequenterweise von einer Allianz mit geographisch klar definierten Grenzen zu einem Bündnis weiterentwickelt, das zu der Erkenntnis gelangt ist, daß sich Bedrohungen für unsere Sicherheit heute weder nach Ort noch nach Berechenbarkeit eingrenzen lassen, und das daher bereit sein muß, sich solchen Gefahren zu stellen, gleichgültig wann und wo sie ihren Ursprung haben.

Um die internationale Sicherheit weiter zu festigen, knüpft die NATO darüber hinaus noch engere Beziehungen zu internationalen Organisationen, wie der Europäischen Union, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Vereinten Nationen und bis hin zur Weltgesundheitsorganisation sowie zu Nichtmitgliedsländern der NATO, wie Rußland, der Ukraine, und zu Partnern im euro-atlantischen Raum und in der weitergefaßten Mittelmeerregion.



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT

Der Ursprung der Allianz

Nach dem 2. Weltkrieg sahen sich Ost- und Westeuropa durch die ideologischen und politischen Gräben des Kalten Krieges in zwei Lager geteilt. Osteuropa geriet unter die Vormachtstellung der Sowjetunion. Im Jahre 1949 gründeten daraufhin 12 Länder von beiden Seiten des Atlantiks die Nordatlantikpakt-Organisation, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß die Sowjetunion ihre Vorherrschaft über Osteuropa hinaus auf andere Teile des Kontinents ausdehnen könnte.

Zwischen 1947 und 1952 konnte mit Hilfe des Marshall-Plans die Wirtschaft in Westeuropa stabilisiert werden. Die Rolle der NATO als politischer und militärischer Allianz bestand darin, die kollektive Verteidigung gegen jedwede Form der Aggression zu gewährleisten und ein sicheres Umfeld zur Entwicklung von Demokratie und Wirtschaftswachstum zu garantieren. Mit den Worten des damaligen amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman waren der Marshall-Plan und die NATO „die beiden Hälften ein und derselben Nuß“.

Die Gründungsmitglieder der NATO - Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten - verpflichteten sich zum gegenseitigen Beistand im Falle einer militärischen Aggression. Durch die Einbindung Nordamerikas in die Verteidigung Westeuropas demonstrierte die Allianz, daß jeder Versuch einer politischen oder militärischen Bedrohung Westeuropas zum Scheitern verurteilt wäre. Gleichzeitig wurde so eine stärkere Integration und Vernetzung der jeweiligen Verteidigungspolitik der einzelnen Länder erreicht.



▲ Das geteilte Europa

◀ Raketenverteidigung im Kalten Krieg

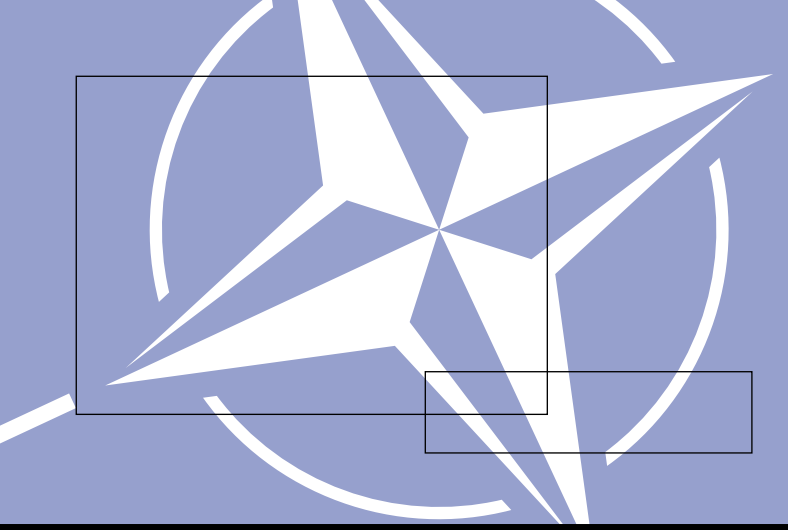


Anfang der 50er Jahre schienen internationale Entwicklungen, die ihren Höhepunkt mit dem Ausbruch des Koreakriegs erreichten, die Befürchtungen des Westens über Expansions-Bestrebungen der Sowjetunion zu bestätigen. Die Mitgliedsstaaten der NATO erhöhten dementsprechend ihre Anstrengungen zum Aufbau der für eine gemeinsame Verteidigung im Ernstfall erforderlichen militärischen Strukturen. Die Präsenz nordamerikanischer Truppen auf europäischem Boden, die auf das Ersuchen europäischer Regierungen zurückging, machte der Sowjetunion deutlich, daß eine Aggression keinerlei Aussicht auf Erfolg haben würde. Zudem traten dem Bündnis im Laufe der Zeit weitere Staaten bei. 1952 wurden Griechenland und die Türkei Mitglieder; drei Jahre später folgte die Bundesrepublik Deutschland und schließlich Spanien im Jahre 1982.

Durch die Allianz konnten Westeuropa und Nordamerika nicht nur gemeinsam ihre Unabhängigkeit sichern, sondern sie erreichten auch ein bislang unerreichtes Maß an Stabilität. Die durch die NATO garantierte Sicherheit war das „Lebenselexier für den Wohlstand“ und schuf das Fundament für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration Europas. Sie ebnete letztendlich auch den Weg zum Ende des Kalten Krieges und damit zur Überwindung der Teilung Europas Anfang der 90er Jahre.

▲ Treffen des Nordatlantikrats in Paris

◀ Unterzeichnung des Washingtoner Vertrags



Das *Ende* des *Kalten Krieges*

Während des Kalten Krieges waren Rolle und Zweck der NATO durch die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung klar definiert. Anfang der 90er Jahre wurde der Warschauer Pakt auf Betreiben der neuen unabhängigen Staaten Osteuropas aufgelöst; die Sowjetunion zerfiel. Mit dem Ende der traditionellen Bedrohungen waren einige der Ansicht, daß damit auch die Notwendigkeit für den Fortbestand der NATO nicht mehr gegeben sei und zukünftige Verteidigungsausgaben und Investitionen in die Streitkräfte drastisch reduziert werden sollten.

Viele NATO-Mitglieder kürzten nach dem Zerfall der Sowjetunion ihre Verteidigungsausgaben erheblich, einige sogar um bis zu 25 %. Hoffnungen auf eine größere Friedensdividende erwiesen sich jedoch als überzogen optimistisch. Bald stellte sich heraus, daß mit dem Ende des Kalten Krieges möglicherweise zwar die Gefahr einer militärischen Invasion behoben war, daß aber dafür in vielen Teilen Europas die Lage immer instabiler geworden war. Eine Reihe regionaler Konflikte, oft angeheizt durch ethnische Spannungen, brachen im früheren Jugoslawien und in Teilen der ehemaligen Sowjetunion aus und drohten, sich immer weiter auszudehnen. Die NATO-Staaten erkannten schnell, daß ihre kollektive Verteidigung und die im Rahmen der NATO erzielte Kooperation auch in Zukunft die besten Garanten für ihre Sicherheit darstellten.



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT



Da zudem eine militärische Invasion immer unwahrscheinlicher geworden war, wurden neue Formen der politischen und militärischen Zusammenarbeit erforderlich, um nach dem Ende des Kalten Krieges Frieden und Stabilität in Europa zu sichern und eine Eskalation regionaler Spannungen zu verhindern. Tatsächlich waren größere innere Reformen der Allianz notwendig, um die militärischen Strukturen und Fähigkeiten anzupassen und sie für die neuen Aufgaben, wie Krisenmanagement für friedenserhaltende und friedenssichernde Maßnahmen auszurüsten, die nun zusätzlich zu den bisherigen grundlegenden Verteidigungsaufgaben bewältigt werden müssen. Als Antwort auf die neuen Sicherheitsherausforderungen hat sich die NATO im Laufe der Jahre von einem primär auf kollektive Verteidigung ausgerichteten Bündnis zum Zentrum einer breit angelegten partnerschaftlichen Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen weiterentwickelt.



▲ Überwachung regionaler Konflikte

- ◀ Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner trifft den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow



So arbeitet die **NATO**

Der auf Konsensbildung beruhende Entscheidungsprozeß ist maßgeblich für den dauerhaften Bestand der Allianz. Konsensbildung bedeutet, daß alle Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen. Daher sind vor wichtigen Entscheidungen häufig langwierige Konsultationen und Diskussionen erforderlich. Dieses System mag einem Außenstehenden zeitaufwendig und schwerfällig vorkommen, es hat jedoch zwei wesentliche Vorteile: Erstens bleiben Souveränität und Eigenständigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten gewahrt. Zweitens hat eine einmal getroffene Entscheidung den vollen Rückhalt aller Mitgliedsstaaten und verpflichtet sie auf ihre Umsetzung.

Das wichtigste Entscheidungsgremium in der NATO ist der Nordatlantikrat, in dem jeder Mitgliedstaat durch einen Ständigen Vertreter im Range eines Botschafters Sitz und Stimme hat. Dieser wird von einer aus Diplomaten und Militärberatern bestehenden nationalen Delegation unterstützt. Der

▲ **Vor dem Start**

◀ **Sitzung des Nordatlantikrats**



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT



Rat kommt mindestens einmal wöchentlich, meist jedoch häufiger, auf Botschaferebene zusammen. Ferner finden regelmäßige Treffen des Rats auf Ebene der Außenminister, der Verteidigungsminister und von Zeit zu Zeit auch der Staats- und Regierungschefs statt.

An der Spitze der NATO steht der Generalsekretär, der in der Regel für eine Amtszeit von rund vier Jahren ernannt wird. Er oder sie ist ein international erfahrener Politiker oder eine Politikerin aus einem der Mitgliedsstaaten. Der Generalsekretär hat den Vorsitz bei Treffen des Nordatlantikrats sowie anderer wichtiger NATO-Gremien und fördert aktiv die Konsensbildung unter den Mitgliedstaaten. Bei der Leitung der Tagesgeschäfte wird der Generalsekretär von einem internationalen Stab von Experten und Beamten aus allen NATO-Ländern unterstützt.

Die NATO besitzt keine eigenen Streitkräfte. Die meisten Truppen, die der NATO zur Verfügung stehen, bleiben in vollem Umfang unter nationaler Befehlsgewalt und nationaler Führung, bis sie von den Mitgliedsstaaten der NATO für bestimmte Aufgaben unterstellt werden, von der kollektiven Verteidigung bis hin zu neuen Missionen, zum Beispiel der Erhaltung und Sicherung des Friedens. Die politischen und militärischen Strukturen der NATO ermöglichen die erforderliche Vorausplanung zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben. Außerdem bilden sie den organisatorischen Rahmen für die gemeinsame Führung dieser Truppen, ihre Aus- und Fortbildung sowie die Durchführung von Übungen.

▲ Brückenschlag

◀ Ein spanischer Pilot



Sicherheit durch *Partnerschaft*

Die Teilung Europas während des Kalten Krieges war in vielerlei Hinsicht geprägt vom ideologischen, politischen und militärischen Antagonismus zwischen Ost und West. Seit den dramatischen Veränderungen, die zum Ende des Kalten Krieges geführt haben, hat die NATO eine Reihe neuer Initiativen auf den Weg gebracht, um Sicherheit und Stabilität zu festigen. Dazu gehören unter anderem Gremien für den regelmäßigen, institutionalisierten Dialog, vertrauensbildende Maßnahmen und die Zusammenarbeit mit früheren Gegnern sowie mit anderen europäischen Staaten und den Nachbarländern im weitergefaßten Mittelmeerraum.

Ein erster Schritt in diese Richtung war 1991 die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats. Er wurde unter der neuen Bezeichnung Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat zum wichtigsten Forum für Konsultation und Zusammenarbeit zwischen der NATO und Nicht-Mitgliedsstaaten des Bündnisses im Euro-Atlantischen Raum.

1994 startete die NATO eine unter der Bezeichnung „Partnerschaft für den Frieden“ bekannt gewordene Initiative. Dieses Programm unterstützt die beteiligten Länder bei der Umstrukturierung ihrer Streitkräfte und hilft diesen, ihren Platz in einer demokratischen Gesellschaft zu finden sowie an NATO-geführten friedenserhaltenden Einsätzen teilzunehmen. Das Programm ist auf die spezifischen Bedürfnisse eines jeden Landes zugeschnitten und bietet Möglichkeiten zur praktischen Zusammenarbeit auf vielen verschiedenen Gebieten. Je nach ihren eigenen Sicherheitsbedürfnissen können sich die Teilnehmer im kleineren oder größeren Umfang an dem Programm beteiligen. Die Aktivitäten reichen von militärischen Übungen und Workshops über

▲ **Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden**

◀ **Check Point**



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT

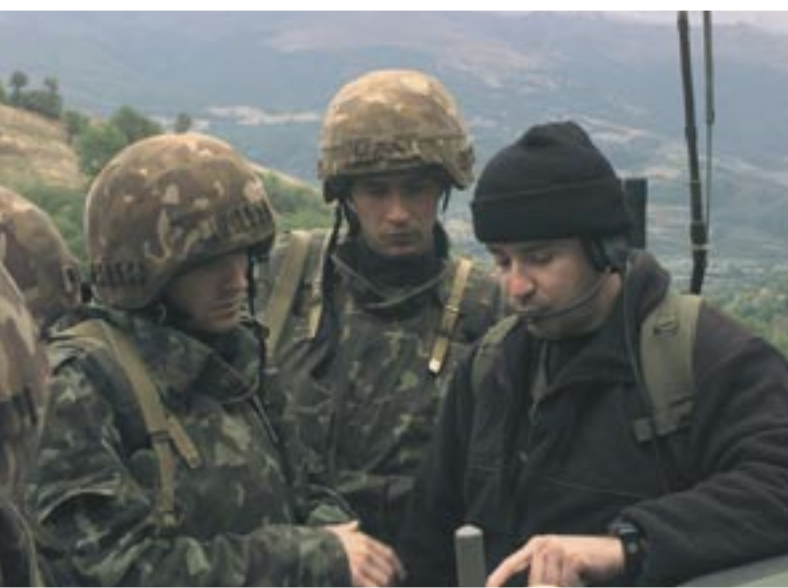
Seminare bis hin zu Fachlehrgängen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Streitkräfte für die Bürger und Bürgerinnen transparenter zu machen und als Teil demokratischer Strukturen zu verankern. Die durch die Partnerschaft für den Frieden gewonnenen Erfahrungen haben in erheblichem Maße zur effektiven Zusammenarbeit zwischen den Ländern beigetragen, die sich an den friedenserhaltenden Einsätzen wie der Stabilisierungstruppe (SFOR) in Bosnien und Herzegowina sowie an der Kosovo-Schutztruppe (KFOR) beteiligen.

1995 rief die NATO einen Mittelmeer-Dialog mit sechs Ländern – Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien – in der weitergefaßten Mittelmeerregion ins Leben. Ziel dieses Programms, an dem seit 2000 auch Algerien teilnimmt, sind der Aufbau von guten Beziehungen und die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der Länder im Mittelmeerraum sowie die Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region. Im Rahmen der Initiative werden Interessenten aus den Dialogländern zum Besuch von Lehrveranstaltungen an der NATO-Schule in Oberammergau, Deutschland, und der NATO-Verteidigungsakademie in Rom, Italien, eingeladen.

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland sowie zwischen der NATO und der Ukraine wurde 1997 auf eine formellere Grundlage gestellt. Bilaterale Vereinbarungen wurden zwischen diesen beiden Ländern und den NATO-Staaten geschlossen, als Grundlage für ihre zukünftige Zusammenarbeit. Der Ständige Gemeinsame NATO-Rußland-Rat und die NATO-Ukraine-Kommission wurden eingerichtet, um regelmäßige Konsultationen und Diskussionen in Sicherheitsfragen zu ermöglichen. Die bei diesen Treffen in beiden Gremien diskutierten Themen umfassen unter anderem die Friedenserhaltung auf dem Balkan, Krisenmanagement und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, aber auch Rüstungskonversion, Umweltschutz und zivile Notstandsplanung.

Im Jahre 2002 wurde mit der Schaffung des NATO-Rußland-Rats, der an die Stelle des Ständigen Gemeinsamen Rates trat, das Verhältnis zwischen den NATO-Staaten und Rußland weiter vertieft und noch enger gestaltet. Diese Entwicklung war mehr als eine bloße Namensänderung; das Verhältnis wurde auf ein völlig neues Fundament gehoben. Den Vorsitz in dem neuen Forum, in dem alle teilnehmenden Länder gleichgestellt sind, hat der Generalsekretär der NATO. Als Schlüsselbereiche für die Zusammenarbeit wurden der Kampf gegen den Terrorismus, das Krisenmanagement sowie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen identifiziert. Wie im Nordatlantikrat werden auch im NATO-Rußland-Rat Entscheidungen im Konsens getroffen.





DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT

Die *Erweiterung* der **NATO**

Anfang der 90er Jahre kamen einige osteuropäische Länder zu der Überzeugung, daß ihre zukünftigen Sicherheitsinteressen am besten durch einen Beitritt zur Nordatlantikpakt-Organisation gewahrt würden und äußerten ihr Interesse an einer Mitgliedschaft. Drei ehemalige Partnerländer – Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – wurden im März 1999 in das Bündnis aufgenommen. Dadurch erhöhte sich die Zahl der NATO-Mitglieder auf 19. Auf dem Prager Gipfeltreffen der Allianz im November 2002 wurden sieben weitere Länder – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen eingeladen. Diese Länder traten Ende März 2004 der NATO bei.

Die sieben neuen NATO-Mitglieder sowie andere Staaten, die eine NATO-Mitgliedschaft anstreben, konnten die Vorteile eines Aktionsplans zur Mitgliedschaft nutzen, der im Jahre 1999 zusammengestellt wurde, um interessierten Partnerländern bei der Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft zu helfen. Dieser Plan bietet beitrittswilligen Ländern praktischen Rat und zielgerichtete Unterstützung an. Die beitrittswilligen Länder sollen ihrerseits bestimmte politische Zielvorgaben erfüllen, so zum Beispiel die friedliche Beilegung territorialer Streitigkeiten, die Achtung demokratischer Regeln sowie der Rechtsstaatlichkeit und die demokratische Kontrolle über ihre Streitkräfte. Die Beteiligung am Aktionsplan ist keine Garantie für eine zukünftige Mitgliedschaft;

▲▲ Politische Führer der NATO und der damalige Generalsekretär Javier Solana auf dem Washingtoner Gipfel

▲ Neue Bündnispartner im Einsatz zur Erhaltung des Friedens



sie hilft aber den Ländern dabei, ihre Streitkräfte umzustrukturieren und sich auf die Aufgaben und Pflichten vorzubereiten, die die Mitgliedschaft in der Allianz mit sich bringen würden.

Die Regierungen der NATO-Staaten haben klar darauf hingewiesen, daß die Erweiterung der Allianz kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zur Projizierung der Sicherheit, wie sie im NATO-Gebiet gegeben ist, auf andere Länder und zur Sicherung der Stabilität in Europa insgesamt. Der Erweiterungsprozeß trägt mit dazu bei, Konflikte zu entschärfen, da schon die Aussicht auf eine Mitgliedschaft für beitragswillige Länder als Anreiz dient, Streitfragen mit ihren Nachbarn beizulegen und Reformen sowie den Demokratisierungsprozeß voranzubringen. Darüber hinaus sollen neue Mitglieder nicht nur die Vorzüge der Mitgliedschaft nutzen, sondern auch in der Lage sein, selbst zur Sicherheit aller Mitgliedsstaaten beizutragen. Anders ausgedrückt: Sie dürfen nicht nur „Konsumenten“ von Sicherheit sein, sondern müssen als „Produzenten“ aktiv zur Sicherheit beisteuern.



▲ Flaggenparade für neue Mitglieder

◀ Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle

Die NATO auf dem *Balkan*

Die friedenserhaltenden Streitkräfte der NATO trafen im Dezember 1995 in Bosnien und Herzegowina und im Juni 1999 im Kosovo ein, und zwar zusammen mit Soldaten aus vielen Partnerländern, einschließlich Rußlands und der Ukraine. In beiden Regionen war die NATO bereits aktiv engagiert, um dazu beizutragen, die schweren Kampfhandlungen zu beenden. In Bosnien und Herzegowina führten die NATO-Kräfte im August und September 1995 Luftesätze gegen bosnisch-serbische Truppen durch. Diese Maßnahme trug dazu bei, das Kräfteverhältnis der kriegführenden Parteien auf dem Boden zu verändern und die bosnisch-serbische Führung davon zu überzeugen, der in Dayton, Ohio, ausgehandelten Friedensvereinbarung zuzustimmen.

Die SFOR-Truppe hat nicht nur ein Mandat der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens in Bosnien und Herzegowina, sondern auch für die Durchführung von Maßnahmen, um diesen Frieden erforderlichenfalls zu erzwingen. Die in Bosnien und Herzegowina eingesetzten Truppenkontingente wurden im Zuge erzielter Fortschritte bei der Sicherheit des Umfeldes Schritt für Schritt verringert. Gleichzeitig veränderte sich auch ihre Aufgabenstellung. Derzeit hilft die SFOR-Truppe mit, Flüchtlingen und Vertriebenen eine sichere Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen und mutmaßliche Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen. Um ein Wiederaufflammen des Konflikts zu verhindern, trägt SFOR zu einer Reform der bosnischen Streitkräfte bei, die seit dem Ende der Feindseligkeiten in drei rivalisierende ethnische Kontingente aufgeteilt sind (bosnische Muslime, Kroaten und Serben).

Mit ihrer militärischen Intervention im Kosovo reagierte die NATO auf die über ein Jahr anhaltende Eskalation der Gewalt, die drohende Ausweitung des Konflikts auf die gesamte Region sowie auf Belgrads wiederholte Verletzungen der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, in denen Belgrad aufgefordert wurde, die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosovo zu beenden. Im März 1999 entschlossen sich alle Mitgliedsstaaten der Allianz gemeinsam zu einem Luftschlag gegen die militärischen und paramilitärischen Einrichtungen der für die

◀ Eine Streife im Kosovo

Nach der Auflösung des ehemaligen Jugoslawien hat das Bündnis dem Balkan große Aufmerksamkeit gewidmet und sich in hohem Maße in der Region engagiert. Zu einer militärischen Intervention durch die NATO kam es bei drei Anlässen, jeweils um einen Konflikt zu beenden oder abzuwenden – im Jahre 1995 in Bosnien und Herzegowina, im Jahre 1999 im Kosovo und im Jahre 2001 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*. Zur Zeit führt die NATO zwei friedenserhaltende Missionen durch, zum einen mit den Stabilisierungskräften SFOR in Bosnien und Herzegowina und mit der Kosovo-Schutztruppe KFOR in der südserbischen Provinz Kosovo. Das Ziel beider Missionen ist die Schaffung eines sicheren Umfelds, in dem alle Bewohner, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, in Frieden leben können und in dem die Demokratie mit internationaler Hilfe Wurzeln fassen kann.





▲ **Französischer Soldat im Friedenseinsatz in Sarajewo**

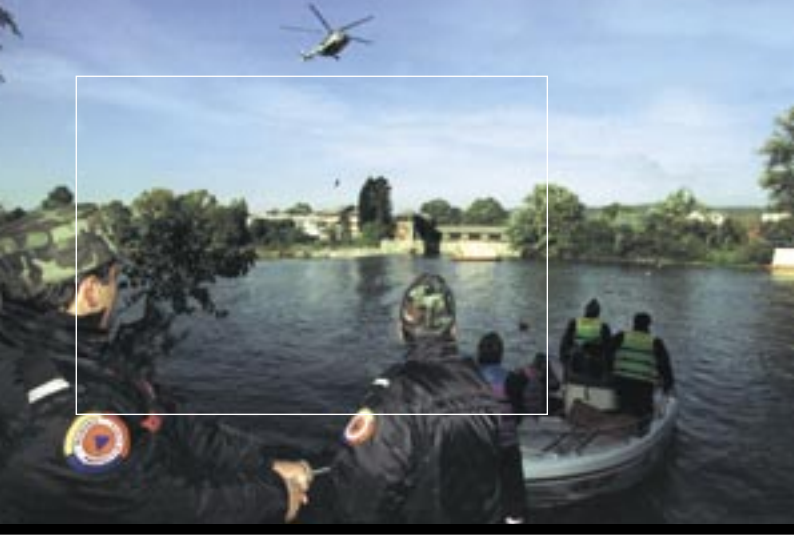
Repressionen verantwortlichen jugoslawischen Regierung. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem alle anderen Mittel ausgeschöpft und Friedensgespräche zum wiederholten Mal an der Uneinsichtigkeit der Regierung in Belgrad gescheitert waren. Da der UN-Sicherheitsrat sich nicht in der Lage sah, seine Resolutionen zur Lösung des Konfliktes auch durchzusetzen, blieb den NATO-Ländern nur der Rückgriff auf militärische Maßnahmen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern und die Stabilität in der Region wiederherzustellen. Die Luftangriffe dauerten 78 Tage.

Trotz der intensiven politischen Diskussionen über eine Intervention des Bündnisses war es letztendlich das Eingreifen der Allianz, das die notwendigen Grundlagen für einen Wiederaufbau geschaffen hat. Es beendete alle militärischen Aktionen der Konfliktparteien, zwang die jugoslawische Armee, die serbische Polizei und die paramilitärischen Verbände zum Rückzug aus dem Kosovo, ermöglichte eine Einigung über die Stationierung einer internationalen militärischen Präsenz im Kosovo sowie über die bedingungslose und sichere Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen, und es führte schließlich zu der festen Zusage aller Beteiligten, auf eine politische Lösung in der Kosovofrage hinarbeiten zu wollen.

Das KFOR-Mandat beruht sowohl auf einer von der NATO und den jugoslawischen Befehlshabern unterzeichneten Militärisch-Technischen Vereinbarung als auch auf der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats, beide vom Juni 1999. Danach ist die KFOR dafür verantwortlich, erneut aufflammende Feindseligkeiten zu unterbinden, für ein sicheres Umfeld zu sorgen und die Kosovo-Befreiungsarmee zu entmilitarisieren. Darüber hinaus unterstützen die NATO-geführten Truppen die internationalen humanitären Bemühungen und arbeiten mit den internationalen zivilen Stellen, der Interims-Verwaltungsmission der UN im Kosovo (UNMIK) zusammen, um für die weitere Entwicklung in der Provinz die erforderliche Stabilität zu schaffen.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien* entsprach die NATO im August 2001 einer Bitte des Präsidenten dieses Landes auf Entwaffnung ethnisch-albanischer Gruppen, die durch ihre Aktivitäten die Sicherheit und Stabilität des Landes gefährdeten. Diese Intervention erfolgte nach einer Einigung zwischen Vertretern der ethnisch-albanischen Gemeinschaft des Landes und der Regierung, die unter Vermittlung von Sonderbeauftragten verschiedener internationaler Organisationen, einschließlich der NATO sowie der USA, erzielt worden war. So konnten die etwa 3.500 NATO-Soldaten während ihres 30-tägigen Einsatzes ca. 4.000 Waffen einsammeln. Diese Aktion sowie eine kleinere NATO-Truppenpräsenz nach diesem Einsatz trugen mit dazu bei, einen bürgerkriegsähnlichen Konflikt abzuwenden und die Voraussetzungen für eine Aussöhnung und den Wiederaufbau des Landes zu schaffen. Auf Ersuchen Skopjes blieben NATO-Truppen weiter in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*, um Überwachungspersonal der Europäischen Union sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa noch bis Ende März 2003 zu schützen, d.h. bis zur Übernahme der Mission durch die Europäische Union.

* Die Türkei erkennt die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien mit ihrem verfassungsgemäßen Namen an



Das *breite* Aufgabenspektrum der **NATO**

Medienberichte über die NATO befassen sich zwangsläufig mit hochrangigen diplomatischen Aktivitäten, Gipfeltreffen der Allianz und Militäraktionen. Der größte Teil der Arbeit in der Allianz vollzieht sich jedoch fernab der öffentlichen Wahrnehmung. Die NATO befaßt sich tagtäglich mit einer Vielzahl von Projekten zur Verbesserung der Sicherheit in Europa, zum Beispiel mit Beiträgen zur Reform der osteuropäischen Streitkräftestrukturen, Programmen für die Umschulung und Wiedereingliederung ehemaliger Offiziere in das zivile Leben, mit der Unterstützung bei der Minenbeseitigung und der Entsorgung alter Munitionsbestände.

Die NATO beteiligt sich außerdem an der Koordinierung humanitärer Hilfe. 1999 richtete die Allianz eine Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe ein. Sie dient zur Koordinierung von Soforthilfemaßnahmen und Hilfseinsätzen bei Naturkatastrophen oder bei von Menschen verschuldeten Katastrophen. So war die NATO 1999 zum Beispiel massiv an der Koordinierung der Hilfsoperationen für die Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo und an der Unterstützung für die Opfer der Flutkatastrophen oder der Erdbeben in einer ganzen Reihe von Ländern beteiligt, so auch im Sommer 2002 in einigen Ländern Mitteleuropas; sie half darüber hinaus der Türkei bei der Einleitung von Maßnahmen im Rahmen der zivilen Notfallplanung, um die türkische Bevölkerung vor möglichen Angriffen mit Massenvernichtungswaffen während des Irak-Kriegs im Jahre 2003 zu schützen.

Des Weiteren verfügt die NATO über ein umfassendes Wissenschaftsprogramm, das die Zusammenarbeit ziviler Wissenschaftler aus NATO- und Partnerländern fördert. Etwa 10.000 Wissenschaftler nehmen in jedem Jahr an Veranstaltungen und Projekten teil, die durch das Programm getragen werden; hierzu zählen Initiativen zur Verbesserung der Computer-Vernetzung und zum Ausbau des Internet-Zugangs für Wissenschaftler und Forscher im Kaukasus und Zentralasien. Im Einklang mit der Umschichtung der NATO-Prioritäten seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verlagert das Programm seinen Schwerpunkt zunehmend auf die Unterstützung der Zusammenarbeit bei Forschungsprojekten, die im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus stehen und sich auf die Abwehr anderer Bedrohungen unserer modernen Gesellschaft beziehen.



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT

▲ **Vorbereitung auf zivile Notfälle**

◀ **NATO-gefördertes Forschungsvorhaben im Schwarzen Meer**

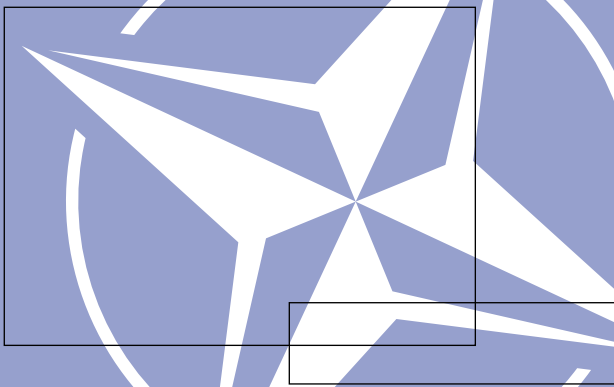
Das *Transatlantische Verhältnis*

veränderten Rahmenbedingungen Rechnung. Mit dem Ende der politischen Spaltung Europas und mit der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch die Europäische Union wurde Europa schrittweise zu einem der Hauptakteure in Fragen der internationalen Beziehungen. So übernahm die Europäische Union Ende März 2003 von der NATO die Mission in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*.

Alle Bündnispartner gehen mit ihrer NATO-Mitgliedschaft die Verpflichtung – festgelegt in Art.5 des Washingtoner Vertrags – ein, sich im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen oder mehrere von ihnen gegenseitig Beistand zu leisten. Diese Verpflichtung wurde ursprünglich als ein Weg verstanden, Nordamerika in die Verteidigung Westeuropas einzubinden. Tatsächlich trat dann aber, zum ersten Mal in der Geschichte der NATO, dieser Artikel 5 als Antwort auf die terroristischen Angriffe vom 11. September 2001 auf die Vereinigten Staaten in Kraft. Seitdem bemühen sich die europäischen Bündnispartner im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Vereinigten Staaten zu unterstützen und ihren Teil zum Kampf gegen den Terrorismus beizutragen.

Heute bilden die Bündnispartner der NATO in Europa und Nordamerika eine umfassende transatlantische Gemeinschaft, die sich mit politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Fragen befaßt. Diese Gemeinschaft begründet sich auf Gegenseitigkeit, gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen. Wenngleich unterschiedliche nationale Standpunkte bedeuten, daß die Bündnispartner nicht immer in den in ihrem gemeinsamen Interesse zu ergreifenden Maßnahmen übereinstimmen, so besteht das Hauptanliegen der NATO doch darin, Konsultationen und Gespräche untereinander zu erleichtern, so daß möglichst immer ein Konsens erreicht werden kann. Die Mitglieder der NATO arbeiten daher gemeinsam an einer immer umfangreicheren transatlantischen Themen- und Aufgabenpalette. Dazu gehören die Friedenssicherung in Südosteuropa, die Stabilisierung neuer Demokratien sowie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

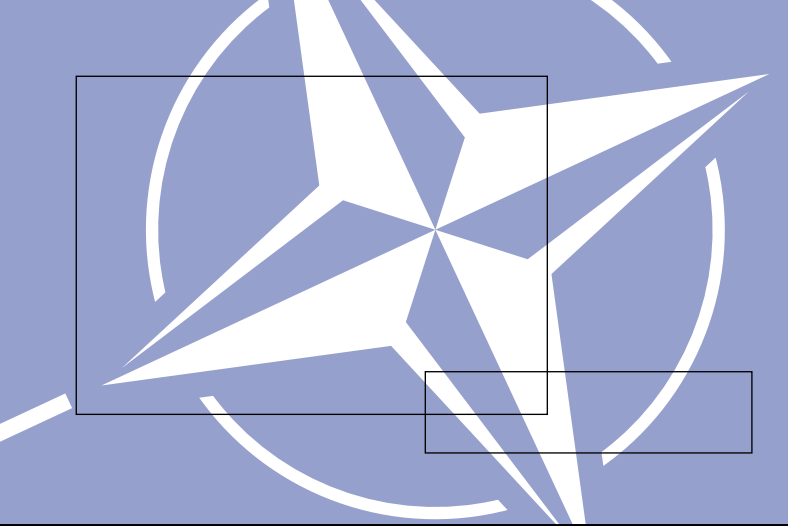
* Die Türkei erkennt die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien mit ihrem verfassungsgemäßen Namen an



▲ Der NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und US Außenminister Colin Powell

Das Verhältnis zwischen Europa und Nordamerika ist ein Kernstück der Allianz. Im Laufe der Jahre hat dieses Verhältnis, wie es in jeder konstruktiven Beziehung der Fall ist, seine Höhen und Tiefen erlebt und sich entsprechend der veränderten äußeren Einflußfaktoren fortentwickelt. Als Folge des 2. Weltkriegs war die Wirtschaft in Europa zunächst weitgehend gelähmt, so daß die europäischen Mitgliedsländer der NATO in hohem Maße auf die Vereinigten Staaten angewiesen waren. Präsident Truman und andere amerikanische Politiker hatten zum Zeitpunkt der Gründung der Allianz nicht nur das Ziel im Auge, ein gedeihliches und demokratisches Europa zum Partner zu haben, sondern beim Aufbau einer Struktur mitzuwirken, die dem legitimen Sicherheitsinteresse Nordamerikas dienlich sein würde. Darüber hinaus wirkte die amerikanische politische Führung in jener Zeit wie ein wirtschaftlicher und militärischer Katalysator für das Wiedererstarken Europas. Sie half dabei, die kreativen Kräfte Europas auf den Wiederaufbau und Aussöhnung zu konzentrieren und so das Fundament für die spätere Entwicklung der Europäischen Union zu legen.

Als Europa in den folgenden Jahren weiter erstarkte und näher zusammenrückte, entwickelte sich auch das transatlantische Verhältnis weiter und trug den



Die *Umgestaltung* oder *Transformation* der *Allianz*

Da sich das Sicherheitsumfeld ständig weiter verändert, muß sich das Bündnis ebenfalls einem Wandlungsprozeß unterziehen, wenn es auch in Zukunft leistungsstark sein will. Es muß eine Neuabstimmung vornehmen, um seine traditionellen auf Europa konzentrierten Aufträge und die neuen globalen Bedrohungen miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Es muß darüber hinaus die militärischen Fähigkeiten erwerben, um seine neuen Aufträge erfüllen zu können; dies schließt die Befähigung ein, auf neue Herausforderungen schnell und flexibel zu reagieren. Für alle diese Bereiche hat der Prager Gipfel einen Prozeß der Umgestaltung in Gang gesetzt, durch den sichergestellt werden soll, daß die NATO den Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts ebenso effizient begegnen kann wie den Bedrohungen des letzten Jahrhunderts.

Die Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus wurde in Prag weiter entwickelt. Dazu wurde ein militärisches Anti-Terrorismus-Konzept erarbeitet, mit spezifischen militärischen Fähigkeiten zur Umsetzung dieses Auftrags und der einstimmigen Annahme eines Partnerschafts-Aktionsplans gegen den Terrorismus. Darüber hinaus hat die Allianz ihre Bereitschaft bekundet, die internationale Gemeinschaft in diesem Bereich zu unterstützen. Mit diesen Maßnahmen wurde das Fundament für spätere Entscheidungen gelegt, einschließlich der Entscheidung zur Übernahme der Verantwortung für die ISAF-Kräfte in Afghanistan sowie der NATO-Unterstützung für Polen bei seinen Aufgaben im Irak.

Auf dem Prager Gipfel übernahmen die Bündnisstaaten gezielte politische Verpflichtungen zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten in den für die moderne militärische Operationsführung entscheidenden Bereichen. Nach ihrer vollständigen Umsetzung wird diese sogenannte Prager Verpflichtung zu Verteidigungsfähigkeiten die Zahl der in Europa verfügbaren Großraumflugzeuge für

▲ ISAF-Soldaten im Dienste des Friedens in Kabul

◀ Feierlichkeiten bei der Eröffnung des Alliierten Hauptquartiers für die Transformation



DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT



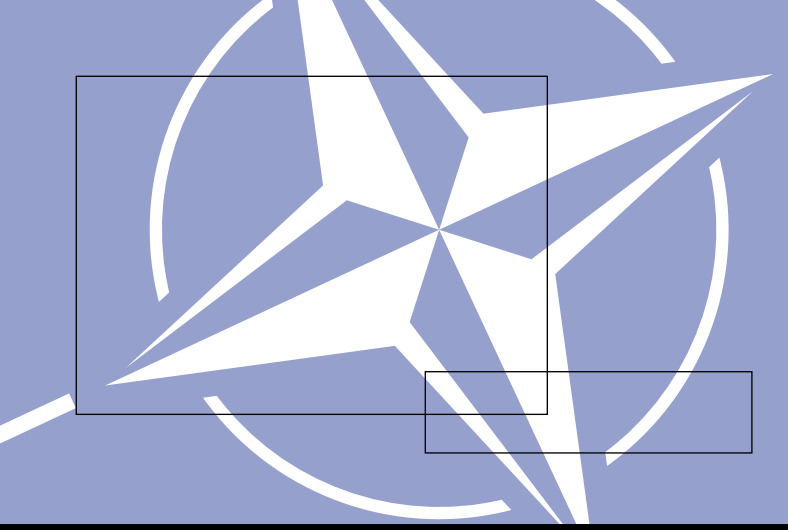
▲ Luftbetankung

Truppenverlegungen vervierfachen; es wird eine Flotte von Spezialflugzeugen zur Luftbetankung aufgestellt; es wird ferner dafür gesorgt, daß die Großzahl der verlegefähigen schnellen Reaktionskräfte der NATO mit Schutzrüstungen versehen wird, so daß sie unter chemischen, radiologischen, biologischen und nuklearen Einsatzbedingungen operieren können; darüber hinaus werden die Anteile nicht-amerikanischer aus der Luft einsetzbarer und präzisionsgelenkter Munitionsbestände um 40 Prozent erhöht. Gleichzeitig vereinbarten die Bündnisstaaten, hochmoderne NATO-Reaktionskräfte aufzustellen, die schnell dorthin verlegt werden können, wo sie benötigt werden und die darüber hinaus als Richtschnur für die gezielte Verbesserung der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses sowie ihre weitere Umgestaltung dienen können. Die Bündnismitglieder haben gleichzeitig den Rahmen für eine neue, gestraffte und effizientere militärische Kommandostruktur gebilligt. In der Zukunft wird

die NATO über ein Strategisches Hauptquartier für die Operationsführung verfügen, mit Standort in Belgien, und über ein Strategisches Hauptquartier für die Umgestaltung oder Transformation, das in den USA stationiert, aber auch in Europa präsent ist. Dieses Hauptquartier wird für die laufende Transformation der militärischen Fähigkeiten der Allianz verantwortlich sein.

Seit Ende März 2004 gehören der NATO 26 Mitgliedsstaaten an. Die Arbeitsverfahren der Organisation, die in den frühen 50er Jahren für eine aus 12 Mitgliedern bestehende Allianz entwickelt wurden, blieben jedoch lange Zeit nahezu unverändert. Die Mitgliedsstaaten erkannten aber die Notwendigkeit größerer Flexibilität und weniger bürokratischer Strukturen, um im neuen strategischen Umfeld Einsätze wirksam durchführen zu können. Auch hier hat der Prager Gipfel die ersten wichtigen Schritte in diese Richtung bereits getan. Die Zahl der Ausschüsse, früher gab es 467, wurde um 30 Prozent reduziert. Mehr Entscheidungen werden von Unterausschüssen getroffen, so daß der Nordatlantikrat über mehr Freiraum verfügt, sich auf strategische Fragen zu konzentrieren. Dabei wahrt er aber seine Zuständigkeit für den Entscheidungsprozeß der Allianz. Auch für die Treffen der Minister wurden die Verfahren gestrafft; sie haben jetzt mehr Zeit für den substanziellen Gedankenaustausch. Im Laufe der Zeit sollen diese Veränderungen zu einer moderneren und effektiveren Arbeitsstruktur der Allianz führen.

Die vielen Reformen, Initiativen und Programme, über die in Prag Einigung erzielt wurde, bilden den Kern der Bündnisaktivitäten in den kommenden Jahren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf realistischen und praktikablen Maßnahmen, die der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Sicherheit der Länder, der Einwohner und der Streitkräfte von NATO-Mitgliedern gegen alle Bedrohungen und Herausforderungen zu gewährleisten.



Ausblick



In den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts hat sich die NATO im Vergleich zu der Allianz, die im Jahre 1949 ins Leben gerufen wurde, in bedeutendem Maße weiterentwickelt. Im Laufe ihres mehr als fünfzigjährigen Bestehens haben sich das Bündnis ebenso wie die gesamte Welt in einer Art und Weise fortentwickelt, die die Vorstellungskraft der Gründungsväter der NATO wohl bei weitem überstiegen hätte. Die weitere Gestaltung der NATO vollzog sich in einem evolutionären Prozeß, von der Institution, die Westeuropa über vier Jahrzehnte des Kalten Krieges verteidigt hatte, bis hin zu der Organisation, die die Geschicke Europas in der Übergangszeit nach dem Kalten Krieg in den 90er Jahren lenkte. Mit der Integration neuer Mitgliedsländer ist ein weiterer, laufender Anpassungsprozeß unvermeidbar. Dadurch soll den Interessen der erweiterten Allianz Rechnung getragen werden, unbeschadet der Fähigkeit des Bündnisses, Entscheidungen zeitgerecht zu treffen. Mit den weiteren Veränderungen im strategischen Umfeld muß auch die NATO diesen evolutionären Prozeß beschleunigen, um den neuen Bedrohungen gewachsen zu sein.

Die Natur der Bedrohungen, mit denen sich die Mitgliedsstaaten konfrontiert sehen, ebenso wie die Art, in der die NATO diese Bedrohungen angeht, verändern sich laufend. Die grundlegenden Parameter für die Zusammenarbeit in der Allianz entsprechen aber weiterhin genau den Prinzipien des Washingtoner Vertrags. Die NATO bildet einen politisch-militärischen Rahmen für die Bewältigung der Sicherheits Herausforderungen, einen Rahmen,

DIE NATO IM 21. JAHRHUNDERT



der die Interessen Europas und Nordamerikas miteinander in Einklang und die Interessen der einzelnen Mitgliedsländer in ein ausgewogenes Verhältnis bringt.

Die laufende Transformation der NATO ist Teil eines Prozesses, der die Sicherheit der Mitgliedsländer des Bündnisses stärken sowie die Stabilität und Prosperität im gesamten euro-atlantischen Raum steigern soll. Seit dem Prager Gipfel haben die Bündnisstaaten ihre Anstrengungen verstärkt, um die NATO für die Herausforderungen der heutigen Zeit zu wappnen: durch die Verteidigung gemeinsamer Werte, wie Achtung der Demokratie und der Menschenrechte, Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Bedrohung, die von der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgeht, durch Festigung der Beziehungen zu Rußland und der Ukraine, Ausbau der Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit mit anderen Partnerstaaten und – nachdem alle anderen Mittel und Wege ausgeschöpft worden sind – durch die Nutzung der NATO als effektives Instrument der Krisenbewältigung und der Rückversicherung, daß Konflikte nicht auf andere Bereiche übergreifen oder die Stabilität auf breiterer Front gefährden. Das ist eine umfassende Aufgabe, die auf die Unterstützung und Mitwirkung der Öffentlichkeit angewiesen ist, sowohl in den Mitgliedsländern der Allianz als auch in Partnerstaaten, einer Öffentlichkeit, die einer auf Konflikt angelegten Politik eine deutliche Absage erteilt und entschieden für den Aufbau einer Sicherheitsstruktur eintritt, die auf gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit basiert, um auch zukünftigen Generationen Frieden und Stabilität zu bewahren.





NATO Public Diplomacy Division /
Division Diplomatie publique de l'OTAN

1110 Brussels / Bruxelles
Belgium / Belgique

Web site: www.nato.int
Site web: www.otan.nato.int
E-mail: natodoc@hq.nato.int